

Abschiebungen nach Afghanistan stoppen

Stellungnahme des Bayerischen Flüchtlingsrats

Dr. Stephan Dünnwald, Bayerischer Flüchtlingsrat
Stand 3.12.2014

Angesichts der sich verschlechternden Gesamtsituation in Afghanistan, und der zu erwartenden weiteren deutlichen Verschlimmerung der sozialen, ökonomischen und sicherheitspolitischen Bedingungen als Folge des weitgehenden Abzugs internationaler Streitkräfte müssen Abschiebungen nach Afghanistan gestoppt werden.

Die Zunahme ziviler Opfer bei Anschlägen und bewaffneten Auseinandersetzungen, und die sich schon jetzt verschlechternde Sicherheitslage lassen bei weiterem Abzug der internationalen Streitkräfte befürchten, dass auch Abgeschobene nicht in Sicherheit leben können, sondern der Gefahr ausgesetzt sind, Opfer von Anschlägen, Zwangsrekrutierung, Zwangsarbeit oder Verschleppung zu werden.

Doch nicht nur Sicherheitsbedenken, sondern auch die sich verschlechternde wirtschaftliche Situation sowie die Kumulation verschiedener Risiken für Abgeschobene machen die Gefahren einer Abschiebung nach Afghanistan unvorhersehbar. Entgegen bisheriger Einschätzungen ist nicht mit hinreichender Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass abgeschobene Personen in Afghanistan, speziell in Kabul, ihr Überleben sichern und Zugang zur Sicherung grundlegender Bedürfnisse – Unterkunft, Trinkwasser, Ernährung, Gesundheitsversorgung – haben. Mit erheblichen Gefahren für Leib und Leben von aus Europa unfreiwillig Zurückkehrenden ist zu rechnen, wie auch mit erneuten, risikoreichen Migrationskreisläufen, da ein Überleben in Afghanistan nicht als möglich angesehen wird.

Der Abzug internationaler Truppen bis Ende 2014 führt zu einer massiven Verschlechterung der Sicherheitslage

Kontinuierlich soll die Zahl internationaler Truppen weiter reduziert werden. Nach bisherigen Berichten sollen nur etwa 10.000 US-Soldaten sowie ca. 3000 Soldaten anderer Nationen, darunter bis zu 850 Soldaten aus Deutschland, in Afghanistan bleiben. Sie sollen vorwiegend Ausbildungsaufgaben übernehmen (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 23.11.2014: 8).

Nach Erkenntnissen der Schweizerischen Flüchtlingshilfe heißt es:

„Bis zum 1. Januar 2016 sollen diese auf 4900 Personen reduziert und vorwiegend in Kabul und am Flughafen von Bagram eingesetzt werden. Nach 2016 werden schließlich weniger als 1000 US-Streitkräfte in Kabul zum Schutz von US-Einrichtungen verbleiben“ (SFH 2014: 5).

Die letzten Berichte verweisen durchweg auf eine sich kontinuierlich verschlechternde Sicherheitslage, sowie zunehmende Opferzahlen auf Seiten der Zivilbevölkerung (z.B. UNHCR 2013: 14; SFH 2014: 3-10). „Between 1 January and 30 June 2014,² UNAMA documented 4,853 civilian casualties, (1,564 civilian deaths and 3,289 injured) recording a 17 per cent increase in civilian deaths, and a 28 per cent increase in civilians injured for a 24 per cent overall increase in civilian casualties compared to the first six months of 2013“ (UNAMA 2014 midyear report: 1) Mit dem Abzug internationaler Truppen wird ungewiss, inwieweit die afghanische Regierung die Kontrolle über die bislang gehaltenen Gebiete gegenüber Taliban und anderen regierungsfeindlichen bewaffneten Gruppen beibehalten kann, und inwieweit die Kontrolle durch die Regierung nicht zunehmend fiktiv wird, weil sie de facto von lokalen Milizen oder Warlords ausgeübt wird. Insgesamt ist eine zunehmend undurchsichtige, durch Polarisierung gekennzeichnete politische Lage zu verzeichnen (vgl. Ruttig 2014: 31ff).

In mehreren Gegenden, so zum Beispiel im Distrikt Kundus, scheinen die Regierungstruppen Terrain an die Taliban zu verlieren. Ein Bericht von Lola Cecchinell, publiziert auf Afghanistan Analyst Network, spricht davon, dass die Region um die Stadt Kundus weitgehend von Aufständischen kontrolliert wird, trotz mehrerer Offensiven der staatlichen afghanischen Sicherheitskräfte. Verantwortlich gemacht wird dafür die Polarisierung der Bevölkerung im Zuge der Präsidentschaftswahlen, aber auch das Einsickern von Taliban aus den südöstlichen Provinzen (<https://www.afghanistan-analysts.org/the-next-round-of-the-tug-of-war-over-kunduz/>). Weiter seien die Taliban weitgehend erfolgreich darin, Vertreter der Regierung und ihre Sicherheitskräfte bei der Bevölkerung zu diffamieren: „The insurgents are depicting the government, and particularly militias linked to government officials, as corrupt, inefficient and predatory, and this is falling on fertile ground among the population“ (ebd.).

Aktuell geraten auch internationale Hilfsorganisationen zunehmend in den Fokus von Anschlägen. Von 11 Selbstmordanschlägen in den vergangenen Wochen in Kabul zielten zwei auf Hilfsorganisationen. Diese zeigen sich besorgt über die Sicherheitslage und mehrere Organisationen ziehen ihr Personal ab (<http://www.tolonews.com/en/afghanistan/17328-wave-of-brutal-attacks-threaten-humanitarian-aid>; Artikel vom 2.12.2014)

Der Truppenabzug wird durchgeführt, obwohl unabhängige Beobachter sich einig sind, dass die afghanischen Armee- und Polizeieinheiten in einer äußerst schlechten Verfassung sind (vgl. z.B. Cordesman, Centre for Strategic and International Studies 2014). Der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte, so Thomas Ruttig vom Afghanistan Analysts Network, sei entkoppelt von politischen Zielen und vor allem quantitativ:

„Ende 2014 sollen sie [die afghanische Armee, std] die Zielgröße von 352.000 erreichen. Deren Unterhalt wird jährlich 4,1 Mrd. US-Dollar kosten. Bisher gibt es Zusagen internationaler Geber über 2,8 Mrd. US-Dollar“ (Ruttig 2014: 33).

Freedom House stellt im Bericht vom 19. Mai fest, dass afghanisches Militär und Polizei „geplagt sind von Illiteralität, Korruption, Verwicklungen in Drogenhandel, und hohen Desertierungsraten“. Hohe Verluste würden darauf hinweisen, dass die Einheiten erheblich mehr Training und Unterstützung bedürften, bevor sie selbständig Kampfeinsätze führen könnten (Freedom House, Freedom in the World 2014 – Afghanistan).

Die hohen Desertierungsraten der Armee haben sich zu einer weiteren Gefahr für männliche Zivilisten ausgeweitet. Nicht nur die Taliban, sondern auch Einheiten von Polizei und Regierungsarmee nehmen Zwangsrekrutierungen in großer Zahl vor.

Analysten wie Anthony Cordesman vom Centre for International and Strategic Studies hegen die Befürchtung, dass diese afghanischen Sicherheitskräfte ohne substantielle internationale Unterstützung den regierungsfeindlichen Akteuren keine wirksame Gegenwehr leisten können (Cordesman 2014: 28).

Der Rückzug der internationalen Streitkräfte führt zum Zusammenbruch der afghanischen Wirtschaft

Der Rückzug internationaler Streitkräfte führt schon jetzt dazu, dass Arbeitsplätze in erheblicher Zahl wegfallen, und ganze sekundäre Ökonomien, die sich rings um die Versorgung von internationalen Truppen gebildet haben, zusammenbrechen. Dies hat direkte negative Konsequenzen für die lokale Kaufkraft und Arbeitsmöglichkeiten.

Weiter führt der Rückzug internationaler Sicherheitskräfte zu einer drastischen Reduzierung der bereitgestellten Budgets für die afghanische Regierung und auch humanitäre Organisationen. Bis zum Herbst sorgte auch das von Karsai nicht unterzeichnete Kooperationsabkommen mit den USA dafür, dass Millionen Hilfsgelder blockiert wurden, weil die Basis für künftige Operationen nicht geklärt ist. Der UNHCR stellt fest, „dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der Übergabe der Sicherheitsverantwortung vor dem Hintergrund schnell sinkender humanitärer Mittel für Afghanistan eine weitere Belastung für die ohnehin bereits sehr schutzbedürftige Bevölkerung darstellen könnten“ (UNHCR 2013: 29).

Die afghanische Wirtschaft ist äußerst schwach und abhängig von volatilen Regenfällen, von internationalen Militärausgaben und Hilfsgeldern. 85 Prozent des afghanischen Haushalts stammen aus externen Zuflüssen (Ruttig 2014: 36). Schon die bisherigen Einschnitte bringen den afghanischen Staatshaushalt ins Wanken. Weitere, mit dem Truppenrückzug verbundene Budgeteinschnitte werden in den Staatsbankrott führen (zwischen 2001 und 2011 flossen ca. 57 Mrd. US-Dollar an Entwicklungshilfe, davon gingen 29 Mrd. in den Aufbau der Streitkräfte (Ruttig 2014: 36). Erhebliche Verluste durch Korruption und ineffektive Maßnahmen müssen auch weiterhin einkalkuliert werden.

Weder die afghanische Regierung noch internationale Unterstützer haben großes Interesse an einer realistischen Darstellung der bedrohlichen gesamtwirtschaftlichen Lage. Anthony Cordesman fordert statt unrealistischer ökonomischer Einschätzungen einen „real world“ Wirtschafts- und Hilfeplan. Eine „fantasy“ gründend auf unrealistischen Standards werde die afghanische Regierung effektiver zu Fall bringen als die Taliban (Cordesman 2014, p. 11).

Der Rückzug internationaler Streitkräfte führt unmittelbar zur Zunahme von Flüchtlingen und intern Vertriebenen

Die sich stetig verschlechternden Sicherheitsbedingungen, auch im Kontext der Übergabe der Verantwortung von ISAF an die afghanischen Streitkräfte, haben laut UNHCR Bericht schon 2013 zu einer drastischen Erhöhung der Zahl intern Vertriebener geführt. Der Norwegian Refugee Council / Internal Displacement Monitoring Centre (NRC/IDMC) geht von 124.000 neuen internen Flüchtlingen in 2013 und einer Gesamtzahl von 631.000 aus. In wachsender Zahl suchen diese Flüchtlinge auch die relative Sicherheit von Städten. So schreibt IRIN zur Situation schon 2012: „Tausende intern Vertriebene (IDPs) in Afghanistan, hauptsächlich aus den von Konflikten heimgesuchten südlichen Provinzen, sind unterwegs nach Kabul in der Hoffnung, Arbeit und ein besseres Leben zu finden, aber die meisten erwarten fürchterliche Bedingungen in Behelfscamps“ (IRIN 2012).

Mit dem weiteren Rückzug internationaler Truppen aus den Kämpfen mit regierungsfeindlichen Kräften ist eine Beschleunigung dieses Prozesses und eine deutliche weitere Zunahme intern Vertriebener und Flüchtlinge zu erwarten.

Amnesty beschreibt in einem Bericht von 2012 die desolate Situation für die Slumbewohner am Rande afghanischer Städte, vor allem Kabul, wo 2012 mindestens 35.000 Personen in Slums lebten (Amnesty 2012). Diese Situation wird sich drastisch verschärfen, wenn sich der Druck auf diese Notsiedlungen durch die Ankunft weiterer intern Vertriebener erhöht. Den daraus erwachsenden Versorgungsproblemen werden humanitäre Organisationen nicht ohne erhebliche Budgetsteigerungen begegnen können. Schon 2012 gab es keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, die Nahrungsmittelhilfen (z.B. durch die deutsche Welthungerhilfe) erreichen nur einen kleinen Teil der dort Lebenden, als Obdach gegen das Wetter dienen häufig nur Planen, eine Gesundheitsversorgung ist für die meisten nicht erreichbar, weil sie nur gegen Bezahlung zu bekommen ist. Arbeitsmöglichkeiten, die sich in begrenztem Maße ergeben haben, werden wegen des Abzugs von internationalen Streitkräften drastisch zurückgehen bei gleichzeitig verstärkter Konkurrenz um die wenigen verbleibenden Ressourcen (vgl. IRIN 2012).

Abgeschobene im Limbo

Bislang wird die Abschiebung alleinstehender junger Männer vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und einigen Gerichten als zumutbar erachtet. Dies basiert im Wesentlichen auf dem Argument, diese Männer könnten sich in Kabul als Tagelöhner durchschlagen, und hätten keine besondere Gefahr für Leib und Leben zu befürchten (vgl. z.B. Bayer. VGH, Urteil vom 21.06.2013: 11).

Unter den gegebenen Gesichtspunkten ist eine solche Einschätzung nicht haltbar. Schon bisher ist ein Überleben als Abgeschobener in Kabul nicht gesichert.

Bei zahlreichen Abgeschobenen kommen Faktoren zusammen, die ein Überleben in Kabul nach der Abschiebung zusätzlich erschweren. Die Kumulation von Risiken und Nachteilen führt dazu, dass viele Abgeschobene in Slums oder als Bettler auf den Straßen Kabuls enden. Die oft mehrjährige Abwesenheit aus Afghanistan haben Flüchtlinge dem Leben und den strikten Regeln des Islam entfremdet. Dies – bzw. die Furcht, dass Verwandte die Rückkehrer aus Europa als „kontaminiert“ ansehen würden (Schuster 2014b:14) – hindert Abgeschobene neben den Sicherheitsrisiken daran, die Unterstützung von Familienangehörigen in anderen Landesteilen zu suchen.

Viele der afghanischen Flüchtlinge in Europa sind nicht in Afghanistan aufgewachsen, sondern schon mit ihren Eltern nach Iran oder Pakistan geflüchtet. Nur in Ausnahmefällen können diese Abgeschobenen auf verwandtschaftliche oder sonstige soziale Netze im Land zurückgreifen. Ohne diese Netzwerke ist der Zugang zu Ressourcen nicht gegeben (Schuster 2014a). So kann es nicht verwundern, wenn Schuster und Majidi in einer Untersuchung zu Abgeschobenen feststellt, dass die wenigsten Rückkehrer in Afghanistan bleiben, sondern umgehend in andere Staaten flüchten (Schuster & Majidi 2013).

Rückkehrunterstützung in Kabul

Bisherige Erfahrungen mit von europäischen Staaten betriebenen Rückkehrbüros geben wenig Anlass zur Annahme, dass diese signifikanten Einfluss auf die Reintegration von Abgeschobenen haben werden. Das RANA Projekt wurde überstürzt abgebrochen, nachdem dort ein Anschlag Gebäude und Fuhrpark zerstört hatte. Erfahrungen mit anderen Rückkehrprojekten zeigen, dass diese die Verelendung von Abgeschobenen höchstens hinausschieben, aber nicht verhindern (vgl. Dünnwald 2009; Dünnwald & Emini 2012). Hinsichtlich der geplanten Errichtung eines Rückkehrerbüros in Kabul im Rahmen des Projektes ERIN bleibt abzuwarten, ob überhaupt die Voraussetzungen geschaffen werden können, eine solche Einrichtung zu betreiben.

Quellen:

- Amnesty International 2012, Fleeing war, finding misery. The plight of the internally displaced in Afghanistan, <http://www.amnesty.org/en/library/asset/ASA11/001/2012/en/16509ae3-8407-4f1a-95e8-029f1e08397d/asa110012012en.pdf>
- Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 21.06.2013, AZ 13a B 12.30170
- Cecchinel, Lola 2014: Taliban Closing in on the City: The next round of the tug-of-war over Kunduz. Auf Afghan Analysts Network, veröffentlicht 2.9.2014; <https://www.afghanistan-analysts.org/the-next-round-of-the-tug-of-war-over-kunduz/>
- Cordesman, Anthony 2014, Shaping the uncertain future of the ANSF, Centre for Strategic and International Studies, www.csis.org, revised May 10, 2014
- Dünnwald, Stephan (2009): Bericht zur Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Roma, Ashkali und Angehörigen der Ägypter Minderheit im Kosovo. Pro Asyl.
- Dünnwald, Stephan, and Kenan Emini (2012): Abschiebungen in den Kosovo enden in der Ausweglosigkeit. Kritische Begleitung einer Delegationsreise des Innenausschusses des Niedersächsischen Landtags. Pro Asyl http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2012/Kosovobericht_2012_gesamt_final_4.6.12.pdf.
- Freedom House 2014, Freedom in the World 2014 – Afghanistan, www.refworld.org/docid/5379d1da12.html
- IRIN 24.02.2012 IDPs at a crossroads, http://www.ecoi.net/local_link/210934/331100_de.html
- Rüttig, Thomas 2014, Einiges besser, nichts wirklich gut. Afghanistan nach 34 Jahren Krieg – eine Bilanz, WeltTrends, Zeitschrift für internationale Politik Nr. 94, pp. 27-39
- Schuster, Liza 2014a, Kabul is not a save haven for deported Afghan refugees, The Conversation, 7.2.2014, <http://theconversation.com/kabul-is-not-a-save-haven-for-deported-afghan-refugees-22726>
- Schuster, Liza 2014b, What happens to those Afghan migrants deported from Europe to Afghanistan? Afghanistan Info Nr. 74, pp. 14-15,
- Schuster, Liza & Nassim Majidi 2013, What happens post-deportation? The experience of deported Afghans, Migration Studies 2013 doi:10.1093/migration/mns011
- SFH 2014: Afghanistan Update: die aktuelle Sicherheitslage. Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern 5.10.2014, Autorin Corinne Troxler Gulzar
- UNAMA 2014: Afghanistan: Midyear Report 2014. Protection of Civilians in Armed Conflict. Kabul July 2014; <http://www.unama.unmissions.org/Portals/UNAMA/human%20rights/English%20edited%20light.pdf>
- UNHCR 2013, Richtlinien zur Feststellung des internationalen Schutzbedarfs afghanischer Asylsuchender, 6.08.2013, HCR/EG/AFG/13/01
- Norwegian Refugee Council/Internal Displacement Monitoring Centre (NRC/IDMC) 2014, Global Overview 2014: people internally displaced by conflict and violence – Afghanistan; www.refworld.org/docid/5374748fd.html